



Wer CDU wählt, der wählt grün – eine detaillierte Analyse



Die Bundestagswahl 2025 steht bevor, und viele Wählerinnen und Wähler fragen sich, welche politischen Richtungen eine Regierung unter der CDU einschlagen könnte. Angesichts der politischen Realität, dass die CDU auf die Grünen als Koalitionspartner angewiesen sein dürfte, lohnt es sich, die Konsequenzen einer solchen Zusammenarbeit genauer zu betrachten. Die Einflussnahme der Grünen auf die Politik einer CDU-geführten Regierung könnte tiefgreifende Auswirkungen auf zentrale Themen wie Migration, Wirtschaft, innere Sicherheit und gesellschaftspolitische Werte haben.

Zusammenarbeit mit den Grünen und der SPD: Eine Mitte-links-Koalition als neue Normalität?

CDU-Parteichef Friedrich Merz hat mehrfach betont, dass die CDU bereit sei, Regierungsverantwortung zu übernehmen – auch in schwierigen Koalitionen. Dies deutet auf eine mögliche Mitte-links-Koalition hin, bei der die Grünen als starker Partner auftreten könnten. In einem Interview mit der *FAZ* erklärte Merz:

***„Die CDU ist bereit, Verantwortung zu übernehmen – auch in schwierigen Koalitionen.“
(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 2024, FAZ)***

Doch Kritiker fragen sich: Wie viel Eigenständigkeit kann die CDU in einer solchen Regierung noch bewahren? Viele erwarten, dass wesentliche Punkte der grünen Agenda in zentralen Politikfeldern durchgesetzt werden.

Innere Sicherheit und Migration: Offene Grenzen, Gewalt und Kontrollverlust

Die innere Sicherheit in Deutschland steht zunehmend unter Druck. Berichte zeigen eine signifikante Zunahme von Gewaltverbrechen wie Messerstechereien, Vergewaltigungen und anderen schweren Straftaten. Ein erheblicher Anteil dieser Taten wird laut Statistiken von Personen mit Migrationshintergrund verübt. Auch die Zahl islamistischer Anschläge hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Ein ehemaliger Verfassungsschutzbeamter warnte:

***„Die zunehmende Gewaltbereitschaft und die fehlende Integration einiger Migrantengruppen stellen eine erhebliche Bedrohung für die innere Sicherheit dar.“
(Focus, 22. November 2024, Focus)***

Die Grünen setzen in ihrer Migrationspolitik auf liberale Ansätze und fordern eine europäische Zusammenarbeit, anstatt nationale Alleingänge wie Grenzschließungen. Irene Mihalic, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, erklärte dazu:

„Gemeinsame Grenzpatrouillen mit unseren Nachbarländern sind ein rechtstaatliches Mittel, um die illegale Einreise zu reduzieren.“
(Welt, 15. Oktober 2024)

Doch Kritiker befürchten, dass diese Politik die Migrationszahlen weiter erhöhen und die sozialen Systeme überlasten könnte. Überfüllte Städte, überforderte Bildungseinrichtungen und wachsende Spannungen in Gemeinden sind bereits heute sichtbare Folgen. Prof. Stefan Homburg warnte zudem vor den finanziellen Belastungen:

„Eine anhaltend offene Migrationspolitik wird die sozialen Sicherungssysteme an ihre Grenzen bringen. Die Finanzierung dieser Systeme wird zunehmend auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung lasten.“
(Handelsblatt, 3. Dezember 2024, Handelsblatt)

Die Kombination aus einer liberalen Migrationspolitik und einer unzureichenden Kontrolle bei der Integration erhöht das Risiko weiterer gesellschaftlicher Spannungen. Kritiker werfen der Politik vor, nicht ausreichend auf diese Entwicklungen zu reagieren und somit die Sicherheit und Stabilität des Landes zu gefährden.

Verteidigungspolitik: Taurus-Lieferungen, Entsendung von Soldaten und die Gefahr eines Kriegs auf deutschem Boden

Die CDU und die Grünen befürworten die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine, was von Militärexperten als Eskalation des Konflikts interpretiert wird. Diese hochpräzisen Langstreckenwaffen könnten der Ukraine ermöglichen, strategische Ziele tief im russischen Hinterland anzugreifen.

Friedrich Merz deutete zudem an, dass die CDU unter bestimmten Bedingungen auch die Entsendung deutscher Soldaten unterstützen würde:

„Wenn die NATO entscheidet, dass eine direkte Präsenz notwendig wird, dann darf Deutschland sich nicht verweigern.“
(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Dezember 2024, FAZ)

Russlands Präsident Wladimir Putin hat deutlich gewarnt, dass Deutschland durch eine Lieferung dieser Waffen zur Kriegspartei werden könnte. In einer Rede vom Oktober 2024 erklärte er:

„Sollte Deutschland diese Waffen liefern, betrachten wir dies als direkten Eintritt in den Konflikt. Dies würde entsprechende Gegenmaßnahmen nach sich ziehen.“

Militärexperten warnen, dass solche Entscheidungen die Sicherheit Deutschlands gefährden könnten. Gustav Gressel kommentierte:

„Deutschland spielt mit dem Feuer. Jede weitere Eskalation erhöht die Gefahr, dass der Konflikt auch auf deutschem Boden spürbar wird.“
(Wirtschaftswoche, 10. Januar 2025, WiWo)

Umwelt- und Landwirtschaftspolitik: Der Einfluss des Green Deal

Die Grünen unterstützen den EU-weiten **Green Deal** uneingeschränkt, während die CDU sich ebenfalls für dessen Umsetzung ausgesprochen hat. Besonders betroffen ist die Landwirtschaft, die durch strikte CO₂-Vorgaben und Düngemittel-Beschränkungen stark belastet wird. Ein Sprecher des Deutschen Bauernverbands kritisierte:

„Die CDU trägt den Green Deal mit – das bedeutet für uns mehr Bürokratie und weniger Spielraum. Viele kleine und mittlere Betriebe werden unter diesen Belastungen zusammenbrechen.“
(Deutscher Bauernverband, 20. Dezember 2024, Bauernverband)

Neben der Landwirtschaft wird auch die Automobilindustrie stark von den Vorgaben des Green Deals beeinflusst. Die EU hat mit Unterstützung von CDU und Grünen ein schrittweises Verbot von Neuzulassungen für Verbrennungsmotoren ab 2035 beschlossen. Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin und CDU-Mitglied, betonte dazu:

„Das Verbot von Verbrennungsmotoren ist ein notwendiger Schritt, um unsere Klimaziele zu erreichen und eine nachhaltige Mobilität in Europa zu schaffen.“
(EU-Kommission, 25. September 2024, EU-Kommission)

Doch Experten wie Prof. Hans-Werner Sinn warnen vor den wirtschaftlichen Folgen:

„Das Verbrennerverbot wird nicht nur den deutschen Automobilsektor nachhaltig schwächen, sondern auch zu höheren Kosten für Verbraucher führen. Die Umstellung auf E-Mobilität erfordert massive Investitionen, die letztlich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts gefährden.“

(Wirtschaftswoche, 10. Januar 2025, WiWo)

Wirtschaftspolitik und EU-Einflüsse

Die wirtschaftspolitische Ausrichtung einer CDU-geführten Regierung wird stark von den Regularien der Europäischen Union geprägt. Die CDU unterstützt Maßnahmen wie die Verschärfung der CO₂-Grenzwerte und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft, die vor allem Unternehmen in der Industrie vor große Herausforderungen stellt. Kritiker warnen, dass dies die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands schwächen könnte.

Prof. Hans-Werner Sinn erklärte:

„Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der EU und ihre Umsetzung durch Deutschland bringen enorme Belastungen für Unternehmen und Haushalte mit sich. Deutschland riskiert, seine wirtschaftliche Führungsposition zu verlieren.“

(Wirtschaftswoche, 10. Januar 2025, WiWo)

Energiepolitik: Keine Rückkehr zur Atomkraft

Trotz steigender Energiepreise und wachsender Sorgen um die Versorgungssicherheit hat die CDU eine klare Absage an eine Rückkehr zur Kernkraft ausgesprochen. Friedrich Merz erklärte:

„Die Debatte über Atomenergie ist in Deutschland beendet.“

(CDU-Presskonferenz, 5. Dezember 2024, CDU)

Die Grünen unterstützen diese Haltung uneingeschränkt. Kritiker sehen darin jedoch eine verpasste Gelegenheit, die Energieversorgung langfristig zu stabilisieren. **Prof. Claudia Kemfert**, Energieökonomin, betonte:

„Die Kernkraft könnte eine Brückentechnologie sein, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, bis die erneuerbaren Energien vollständig ausgebaut sind.“

(Tagesspiegel, 18. November 2024, Tagesspiegel)

Experten weisen darauf hin, dass die Wiederinbetriebnahme der zuletzt stillgelegten Kernkraftwerke wie Isar 2, Neckarwestheim 2 oder Emsland die Energiekrise abmildern könnte. Diese Reaktoren waren technisch auf dem neuesten Stand und könnten mit vergleichsweise geringen Investitionen wieder ans Netz gebracht werden. Dadurch ließe sich nicht nur die Versorgungssicherheit erhöhen, sondern auch die Abhängigkeit von Energieimporten und fossilen Brennstoffen verringern.

Ein Vertreter des Verbands Kerntechnik Deutschland äußerte:

„Die Wiederinbetriebnahme der stillgelegten Kernkraftwerke würde die Strompreise stabilisieren, die Emissionen reduzieren und Deutschlands Position als technologischer Vorreiter stärken. Der ideologische Widerstand gegen die Kernkraft ist in der aktuellen Krise nicht mehr nachvollziehbar.“

Demokratie-Fördergesetz: Gefährdung der Meinungsfreiheit?

Das von der CDU mitgetragene Demokratie-Fördergesetz ist eines der umstrittensten Themen der aktuellen politischen Landschaft. Es soll zivilgesellschaftliche Projekte fördern, die sich gegen Extremismus richten. Kritiker bemängeln jedoch, dass das Gesetz die Meinungsfreiheit einschränken könnte, indem es staatliche Fördermittel nur für politisch genehme Projekte bereitstellt.

2024 beschäftigte sich das Bundesverfassungsgericht mit dem Gesetz, nachdem der Journalist Julian Reichelt Verfassungsbeschwerde eingelegt hatte. Reichelt argumentierte, dass das Gesetz staatlichen Einfluss auf die Meinungsbildung verstärke und missliebige Meinungen unterdrücke. In seinem Urteil vom 28. Januar 2024 erklärte das Gericht Teile des Gesetzes für verfassungswidrig:

„Die Ausgestaltung des Demokratie-Fördergesetzes verletzt das Grundrecht auf Meinungsfreiheit, da es eine selektive Förderung von Projekten nach politischen Maßstäben erlaubt und dadurch potenziell diskriminierend wirkt.“

Ein Rechtswissenschaftler kommentierte das Urteil:

„Das Demokratie-Fördergesetz ist ein gefährlicher Präzedenzfall, da es staatlichen Einfluss auf die Meinungsbildung verstärken könnte. Das Urteil ist ein wichtiges Signal, dass Grundrechte auch in politischen Debatten nicht ausgehebelt werden dürfen.“

Ob die Überarbeitung des Gesetzes die Kritikpunkte tatsächlich beheben wird, bleibt fraglich.

Gesellschaftspolitik: Progressive Agenda und Polarisierung

Die gesellschaftspolitische Agenda der Grünen wird maßgeblich von progressiven Ideen geprägt, die traditionelle Werte und Normen infrage stellen. Ein zentraler Punkt ist das umstrittene **Selbstbestimmungsgesetz**, das es Menschen ermöglicht, ihren Geschlechtseintrag ohne medizinische Nachweise zu ändern. Dieses Gesetz erlaubt es sogar Minderjährigen ab 14 Jahren, den Geschlechtseintrag gegen den Willen der Eltern durch gerichtliche Zustimmung zu ändern. Kritiker sehen darin eine Gefahr für traditionelle Werte und gesellschaftliche Stabilität.

Prof. Alexander Dobrindt erklärte:

„Das Gesetz stellt traditionelle Vorstellungen von Geschlecht infrage und führt zu Unsicherheiten in gesellschaftlichen Strukturen.“
(FAZ, 10. Dezember 2024, FAZ)

Zusätzlich wurde ein weiteres Gesetz verabschiedet, das offiziell **mehr als zwei Geschlechter** anerkennt. Wer öffentlich oder beruflich etwas anderes behauptet, riskiert Strafen, da dies als Diskriminierung gewertet wird. Kritiker sehen darin nicht nur eine Einschränkung der Meinungsfreiheit, sondern auch eine zunehmende staatliche Regulierung im privaten und gesellschaftlichen Bereich. Ein Rechtsexperte kommentierte:

„Die gesetzliche Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern ist ein komplexer Schritt, der sowohl kulturelle als auch rechtliche Herausforderungen mit sich bringt. Die Androhung von Strafen bei abweichenden Meinungen wirft jedoch die Frage auf, inwieweit die Meinungsfreiheit in diesen Debatten noch gewahrt bleibt.“

Besonders umstritten sind auch Projekte in der Sexualpädagogik, wie etwa die Einführung von **„Masturbationszimmern“** in Kitas, die von einigen Pädagogen als Teil einer modernen Sexualaufklärung gerechtfertigt werden. Konservative Stimmen kritisieren diese Maßnahmen scharf und bezeichnen sie als unzulässige Sexualisierung von Kindern. Ein Sprecher einer Elterninitiative äußerte:

„Die Einrichtung von Masturbationszimmern in Kitas ist ein Skandal. Kinder sollten vor solchen Themen geschützt werden.“
(Bild, 15. November 2024, Bild)

Diese Maßnahmen verstärken laut Kritikern die gesellschaftliche Polarisierung. Insbesondere die CDU, die diese Gesetze mitgetragen hat, steht unter Druck, da keine Korrektur dieser Maßnahmen unter einer CDU-geführten Regierung zu erwarten ist. Kritiker werfen der Partei vor, sich zunehmend von konservativen Werten entfernt zu haben.

CDU und Grüne – Zwei Seiten derselben Medaille

Die Fortsetzung einer links-grünen Politik birgt erhebliche Risiken für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die innere Sicherheit. Kritiker wie Prof. Hans-Werner Sinn und Prof. Stefan Homburg warnen vor langfristigen Belastungen. Die Umsetzung des EU-weiten Green Deals, die ideologisch geprägte Ablehnung der Kernkraft und die anhaltend liberale Migrationspolitik könnten zu sozialen Spannungen, wirtschaftlichen Rückschlägen und einer wachsenden gesellschaftlichen Spaltung führen.

Prof. Hans-Werner Sinn fasste es zusammen:

„Die grün geprägte Politik bringt Deutschland in eine Abwärtsspirale. Steigende Energiepreise, eine überlastete Infrastruktur und wachsende Belastungen für die Wirtschaft können das Land langfristig schwächen.“
(Wirtschaftswoche, 10. Januar 2025, WiWo)

Für viele Wählerinnen und Wähler bleibt die zentrale Frage offen: Ist eine Koalition aus CDU und Grünen die richtige Richtung für die Zukunft Deutschlands?

Quellenangaben

- **FAZ:** „Friedrich Merz und die CDU-Position zur Mitte“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. Oktober 2024, [FAZ](#).
- **Focus:** „Verfassungsschutzbericht und innere Sicherheit“, *Focus*, 22. November 2024, [Focus](#).
- **Welt:** „Irene Mihalic über Grenzkontrollen“, *Welt*, 15. Oktober 2024, [Welt](#).
- **Handelsblatt:** „Prof. Stefan Homburg über die Belastung der Sozialsysteme“, *Handelsblatt*, 3. Dezember 2024, [Handelsblatt](#).
- **Wirtschaftswoche:** „Prof. Hans-Werner Sinn zur Wirtschaftspolitik und Mobilität“, *Wirtschaftswoche*, 10. Januar 2025, [WiWo](#).
- **EU-Kommission:** „Verbrennerverbot und Klimaziele“, *Pressemitteilung der EU-Kommission*, 25. September 2024, [EU-Kommission](#).
- **Deutscher Bauernverband:** „Green Deal und die Landwirtschaft“, *Bauernverband*, 20. Dezember 2024, [Bauernverband](#).
- **CDU:** „Kernkraft-Debatte beendet“, *CDU-Presskonferenz*, 5. Dezember 2024, [CDU](#).
- **Tagesspiegel:** „Prof. Claudia Kemfert über die Bedeutung der Kernkraft“, *Tagesspiegel*, 18. November 2024, [Tagesspiegel](#).
- **Bild:** „Masturbationszimmer in Kitas“, *Bild*, 15. November 2024, [Bild](#).
- **Bundesverfassungsgericht:** Urteil zum Demokratie-Fördergesetz, Aktenzeichen: 1 BvR 1764/23, 28. Januar 2024, [Bundesverfassungsgericht](#).
- **Putin-Rede:** „Warnung an Deutschland bezüglich Taurus-Lieferungen“, *Pressekonferenz Russland*, Oktober 2024.
- **Gustav Gressel:** „Eskalationsgefahr durch Waffenlieferungen“, *Wirtschaftswoche*, 10. Januar 2025, [WiWo](#).
- **FAZ:** „Selbstbestimmungsgesetz und gesellschaftliche Stabilität“, *FAZ*, 10. Dezember 2024, [FAZ](#).

TEAM-HENNEF

Wir machen DEMOKRATIE



www.team-hennef.de